

Sachdokumentation:

Signatur: DS 4387

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/4387



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Der aktuelle Freitags-Kommentar
vom 30. Juni 2023

Machen Sie mit:

>> [Spenden](#)

>> [Schweizerzeit-Magazin abonnieren](#)

1356 Unternehmen setzen sich aus Zürich ab

Funktionärsbürokratie killt Wirtschaftsstandort

von Ulrich Schlüer, Chefredaktor Schweizerzeit, Flaach ZH

Volksschule, Bauwillige, Unternehmer, Verkehrsteilnehmer: Alle im Kanton Zürich stöhnen unter dem bedrohlichen und scheinbar ungebremsten Auswuchern des Bürokratismus. Seit Rot-Grün die Städte regiert, beschleunigt sich die Verbürokratisierung dieses Kantons. Von Jahr zu Jahr fliehen mehr Unternehmen aus dem sich zur Bürokratiehöhle entwickelnden Wirtschaftskanton. Zürich ist trauriger Spitzenreiter bezüglich des Verlusts von Unternehmen.

Ein Beispiel aus jüngster Zeit gefällig? Ein Unternehmer, der seine Firma mitsamt dem von ihm bewohnten Geschäftshaus seinem Sohn übergeben hat, wollte sich in einen kleineren Ruhestands-Sitz zurückziehen. Jetzt erlebt er drastisch, wie lähmend und zäh sich widersprechende Funktionärsghremien all seine Initiative hintertreiben.

Wenn Funktionäre streiten

Das kleinere, als Alterssitz gedachte Haus benötigt noch gründliche Renovation. Ist es verwerflich, wenn der sich aus dem Geschäftsleben zurückziehende Unternehmer das neue Daheim altersgerecht renovieren will – also Rollstuhl- und Rollator-gängig? Dazu müssten mehrere etwas hohe Schwellen in diesem alten Haus entfernt werden.

Institutionen, die sich mit den Senioren befassen, loben das Vorhaben. Aber die Denkmalpflege legt sich quer: Die Schwellen gehören, lamentiert sie, seit Jahrzehnten, allenfalls gar seit Jahrhunderten zu diesem Haus. Deren Entfernung verbiete sich kategorisch. Dass Senioren die Entfernung wünschen, um sich das Leben zu erleichtern oder überhaupt erst zu ermöglichen in diesem Haus, kümmert «geschichtsbewusste», umbauverhindernde Funktionäre grundsätzlich nicht.

Seit Monaten streiten sich diese zwei Bürokratien. Seit Monaten ist der Umbau – obwohl die Geschäftsübergabe längst stattgefunden hat – blockiert. Juristen müssen bemüht werden. Alles zu Lasten der den Umbau herbeiwünschenden Senioren. Die mit

Brettern vor dem Kopf reichlich ausgerüsteten Bürokraten treiben die Hauseigentümer buchstäblich die Wände hoch. Völlig unsicher ist inzwischen, wann das Haus endlich umgebaut und bezogen werden kann. Die Denkmalpflege gestattet offenbar nicht, dass Menschen älter werden und damit andere Bedürfnisse ans Wohnen stellen, als sich in ihren Betonköpfen festgesetzt hat.

Spitzenplatz für Unternehmer-Vertreibung

Der Kanton Zürich leistet sich offensichtlich den Luxus, einander widersprechende Funktionäre, die allenfalls gar der gleichen Direktion unterstellt sind, zwecks unendlicher, nervenaufreibender Bauverzögerung in den staatlichen Büros zu dulden – fürstlich und immer Gebühren anheizend besoldet.

Kein Wunder, dass Firmen, dass Unternehmen, die sich solch destruktiver, schädlicher Funktionärsbürokratie ausgesetzt sehen, den Kanton Zürich zunehmend meiden, zunehmend verlassen. Die Regierung benimmt sich, als hätte sie die Steuereinnahmen von Unternehmern und ihren Firmen schon lange nicht mehr nötig. Vorderhand präsentiert sie nichts als Ausreden für den Krebsgang, den der Wirtschaftsstandort Zürich erleidet. Zürich ist inzwischen «Spitzenreiter» in der Schweiz bezüglich den Kanton verlassender Unternehmen und Firmen.

Jenen Politikern, denen der Wirtschaftskanton Zürich vielleicht doch noch am Herzen liegt, sei hier aber nicht nur massive Kritik am starren Bürokratismus, der Zürich zunehmend lähmt, präsentiert. Einige Vorschläge, einige Anregungen, die in Zürich zwingend umgesetzt werden müssten, zeigen, wie der bisher als Wirtschaftsmotor für die ganze Schweiz wichtige Kanton Zürich seine Attraktivität für Firmen zurückholen könnte.

Schluss mit überbordender Bürokratie

Damit KMU-Betriebe aus eigener Kraft überleben können, ist die Verwaltungsbürokratie personell und finanziell auf allen Staatsebenen rigoros abzubauen – um mindestens zwanzig Prozent bis Ende 2024.

Die damit erzielbare Steuererleichterung muss ausschliesslich Zürichs Leistungsträgern zugutekommen. So wird Zürich für Unternehmen wieder attraktiv.

Schluss mit Verkehrsschikanen

Wo gewohnt und wo gearbeitet wird, muss Versorgungs- und Unterhaltsfahrzeugen hindernisfreie und kostenlose Zufahrt mit Parkmöglichkeit an den Orten ihrer Einsätze garantiert sein.

Dem Individualverkehr und dem öffentlichen Verkehr haben die Behörden aller Stufen strikte Gleichbehandlung zu garantieren.

Schluss mit Personalausbau

Alle öffentlichen Verwaltungen sind sofort einem Personalstopp zu unterstellen. Neue Stellen dürfen ausschliesslich durch interne Umgruppierung besetzt werden. Erst wenn der Personalbestand gegenüber dem Stand vom 1. Juli 2023 zwanzig Prozent tiefer liegt, sind öffentliche Ausschreibungen offener Stellen wieder erlaubt.

Schluss mit unbezahlbaren Energie-Experimenten

Die Schweiz und der Kanton Zürich – weltweit anerkannter Wirtschaftsplatz insbesondere für Spezialanfertigungen – sind als Regionen ohne Rohstoffe existenziell abhängig von zuverlässiger und kostengünstiger Energieversorgung sowie tragbaren Transportkosten.

Über sinnvolle und rentable Energieversorgung hat der Markt zu entscheiden, nicht eine zunehmend marktverzerrende, durch zusätzliche Abgaben vor allem sich selbst speisende Energiebürokratie.

Schluss mit ausuferndem Statistik-Bürokratismus

Jahr für Jahr wird rentierenden Unternehmen grösserer und teurerer Aufwand für laufend zunehmende, laufend kompliziertere, zeitraubendere und kostentreibendere statistische Erhebungen zugemutet.

Die Statistik-Bürokratie ist massiv herunterzufahren. Betriebe haben ihren Kunden im freien Markt zu dienen, nicht irgend welchen Zahlenfetischisten in statistischen Ämtern.

Schluss mit staatlichem Ausländer-Import

Die Sozialhilfe-Bürokratien und Sozialhilfe-Kosten wuchern in Zürich ins Uferlose, solange weiterhin arbeitsunwillige oder arbeitsunfähige Ausländer kontrollfrei in Massen in die Schweiz und in den Kanton Zürich eingelassen werden. Bereits 2014 hat der Souverän der Schweiz für alle Behörden verbindlich der Masseneinwanderung eine Absage erteilt.

Zugang zur Schweiz und zum Kanton Zürich soll nur erhalten, wer seinen Lebensunterhalt aus eigener Kraft bewältigt. Dafür hat sich der Kanton Zürich in Bern nicht nur einzusetzen, das hat er vielmehr durchzusetzen.

Wer handelt?

Das sind acht Vorschläge, die für eine (bürgerliche) Partei bereits ein politisches Programm ergeben. Ob eine Partei die Kraft findet, im Dienste des Kantons Zürich und seiner Bewohnerinnen und Bewohner all diese Punkte aufzunehmen und durchzusetzen?

Ulrich Schlüer